

Kalte Progression kehrt zurück: Arbeitnehmer müssen Millionen zahlen!

Erfahren Sie, wie die teilweise Wiedereinführung der Kalten Progression ab 2026 die Arbeitnehmer in Österreich finanziell belastet.



Österreich -

Österreich steht vor einer finanziellen Herausforderung, da die Wiedereinführung der Kalten Progression ab 2026 für viele Bürger zu spürbaren Verlusten führen könnte. ursprünglich wurde die Kalte Progression im Jahr 2022 abgeschafft, was 2023 zu einer Entlastung der Steuerzahler führte. Allerdings wird nun mindestens ein Drittel der Einkommen nicht mehr an die Inflation angepasst, was bedeutet, dass Arbeitnehmer bei Lohnerhöhungen wegen stagnierender Steuerstufen oft im Geldbeutel verlieren. Laut Berechnungen von Dénes Kucsera von der „Agenda Austria“ könnten die jährlichen Kosten durch

diese Maßnahme bei 360 Millionen Euro liegen, wobei der Durchschnittsverdiener allein 47 Euro pro Jahr verliert, während höhere Einkommensklassen noch deutlicher betroffen sind, so wird bei einem Bruttoeinkommen von 4.000 Euro ein Verlust von 80 Euro verzeichnet.

Um das Ganze abzurunden, kündigte die Regierung zahlreiche zusätzliche Steuererhöhungen und -anpassungen an, darunter auch die Anhebung der Steuerstufen um fast 4 Prozent im Jahr 2025. Diese Neuordnung betrifft alle Einkommensteuersätze, außer jene des Höchststeuersatzes von 55% für Einkommen ab 1 Million Euro. Somit bleiben den Menschen mehr Nettolohn, ohne dass sich die Steuerlast proportional erhöht. Die neuen Tarifstufen schaffen im Einkommensbereich von 13.308 Euro bis 103.072 Euro eine breitere Entlastung während gleichzeitig Familien mit geringem Einkommen und Alleinerziehenden vor allem durch erhöhte Absetzbeträge um 60 Euro monatlich für jedes Kind unterstützt werden.

Neue Steuerreformen und Anhebung von Zuschüssen

Die kommenden Änderungen sehen auch eine Anhebung der Tages- und Nächtigungsgelder sowie des Kilometergeldes für Dienstreisen vor. Das Tagesgeld für Inlandsreisen wird von 26,40 Euro auf 30 Euro angehoben, während das Nächtigungsgeld ein Plus von 2 Euro erhält. Zudem wird die Kleinunternehmergrenze auf 55.000 Euro erhöht, was vielen kleinen Betrieben zugutekommen soll. Damit wird nicht nur versucht, die wirtschaftliche Situation zu stabilisieren, sondern auch Familien und Unternehmen gezielt zu entlasten.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	• www.5min.at • services.bundeskanzleramt.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at